

# Rahmenkonzept Biosphärenreservat Rhön – Entwicklung ländlicher Raum 1995

---

<b>1. Entwicklung ländlicher Raum</b> .....	2
<b>2. Geschichtliche Entwicklung</b> .....	3
<b>3. Bevölkerung</b> .....	6
<b>4. Siedlung</b> .....	8
<b>4.1 Modell der regionalen Siedlungsentwicklung</b> .....	8
<b>4.2 Ziele der Siedlungsentwicklung</b> .....	9
<b>4.3 Sicherung wertvoller Ortsstrukturen und Einzelemente</b> .....	11

## 1. Entwicklung ländlicher Raum

### Bevölkerung, Wirtschaft und Siedlung

Zur Entwicklung der Rhön als stabile Region soll eine ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung gesichert werden. Die Wirtschaftstätigkeit soll durch Aktivierung der endogenen regionalen Potentiale gesteigert werden (vgl. Kap. 15). Durch Verzicht auf Großprojekte ist eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Dabei sind vor allem Wirtschaftsformen und Produkte mit schonender Nutzung der natürlichen Potentiale zu unterstützen.

Aus den Bereichen der Wirtschaft werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Qualifizierung der Arbeitskräfte in der Region durch regionale Weiterbildungstätigkeit,
- Informations- und Kontaktvermittlung sowie Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen, z.B. zur gemeinsamen Vermarktung regionaler Produkte,
- Unterstützung von dem Biosphärenreservat angepaßten Produktionsformen, Produkten und Dienstleistungen, durch Sensibilisierung der Betriebe, Initiierung beispielhafter Vorhaben, Kooperationsförderung,
- Verfahrensbegleitung und Abbau von Entwicklungshemmnissen durch qualifizierte Verfahrensbegleitung (frühzeitige Landschaftspläne und Grünordnungspläne zur Vermeidung von Konflikten mit dem Naturschutz und als Angebotsplanung),
- Gewerbeflächen und Standortsicherung durch planerische Freihaltung wichtiger Entwicklungsbereiche der Gemeinden, wobei größere Flächenausweisungen in Orten erfolgen sollen, die zugleich eine gute Infrastruktur, Dienstleistungsangebote und Anschluß an das Straßen- und Bahnnetz haben,
- Sicherung der haushaltsnahen Waren- und Dienstleistungsversorgung auch in den kleineren Orten, z.B. durch Bündelung von Dienstleistungsfunktionen.

Dörfer und Städte im Biosphärenreservat sind als Teil des gewachsenen Landschaftsraumes und in ihrer regionaltypischen Eigenart zu erhalten bzw. zu sanieren (vgl. Kap.17). Neben der innerörtlichen Gestaltung ist eine harmonische Einbindung in die umgebende Landschaft anzustreben (Obstwiesen, Hecken, Bauerngärten).

Bei Neubauten sollen ortstypische Materialien Verwendung finden, regionaltypische Bauformen sind zu dokumentieren und auch bei Neubauten anzuwenden. Die Ausweisung von Bauflächen hat sich überwiegend an den Ansprüchen des örtlichen Bedarfs zu orientieren und soll möglichst landschaftsschonend und landschaftsangepaßt erfolgen. Stärkere Entwicklungen sind auf zentrale Orte mit ausreichender Infrastruktur zu konzentrieren, eine begrenzte bauliche Entwicklung ist auch in den Ortsteilen möglich. Die Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist besonders in den Unter- und Kleinzentren, möglichst auch in kleineren Orten sicherzustellen.

## 2. Geschichtliche Entwicklung

Die geschichtliche Entwicklung der Rhön wurde von mehreren Autoren beschrieben (FUCHS, 1973, RÖLL, 1966, VONDERAU, 1926, KINDINGER, 1942 u.a.), der folgende Überblick beruht auf einer Zusammenfassung der Nutzungsgeschichte durch STOLZENBERG (1989), SEIFERT (1990) sowie GREBE & GEIER, (1988).

Frühste Siedlungsspuren in der Rhön finden sich bereits in der jüngeren Steinzeit, dem Neolithikum (4 000 bis 2 000 vor Chr.) mit dem Übergang von der Jäger- und Sammlerphase zur sesshaften Wirtschaftsweise. Erste größere Siedlungen entstanden in der La-Tene-Zeit (ab 500 v. Chr.), in der die Kelten das für ihre Keltenburgen optimale, kuppige Relief der Rhön besiedelten. Die zahlreichen Keltenwälle auf den Rhönbergen (Milseburg, Diesburg, Stallberg, Mettermich o.a.) zeugen von dieser Epoche. Neben der Tierhaltung breitete sich der Ackerbau zunehmend aus, vor allem kalkhaltige Böden waren günstig für die frühen Getreidesorten (Dinkel, Gerste). Nach STEINMETZ (1992) waren Hirse, Linsen, Bohnen, Möhren, Lein und Äpfel weitere Agrarprodukte.

Mit dem Ende der Keltenzeit nach dem Vordringen der Germanen folgte bis zur fränkischen Landnahme eine Zeit ohne größere archäologische Nachweise. Bis zur Christianisierung war die Hohe Rhön vermutlich kaum besiedelt. Im Jahr 687 predigte der heilige Kilian am Kreuzberg. Aus dieser Zeit stammt auch der Name der Rhön. Der Name Rhön bezog sich früher nur auf die Hohe Rhön (rain, roen = Gebirgskette, lt. SPITZER, 1992).

Die Mönche aus Fulda bezeichneten die durch Buchenwälder geprägte Rhön mit dem Namen Buchonien. Die Rhön geriet nun in ihrer Entwicklung in den Einfluß landesherrschaftlicher Aktivitäten, insbesondere der Territorialherren von Würzburg und Fulda.

Bereits damals bestanden mehrere bedeutende Straßenverbindungen, nach SEIFERT (1990) waren dies:

- die Antsanvia von Frankfurt nach Erfurt,
- der Ortesweg vom Grabfeld ins hessische Land,
- der Weg von Fulda nach Bad Salzungen.

Es begann die frühmittelalterliche Siedlungstätigkeit in der Rhön. In dieser großen Siedlungsepoche wurden umfangreiche Rodungen durchgeführt, die entscheidende Rodungsphase fand vermutlich zwischen 1 000 und 1 300 nach Chr. statt. Wichtige Hinweise liefern Pollenuntersuchungen in den Mooren der Rhön. Auf umfangreiche Rodungen weisen z.B. die Ortsnamen im Umfeld der Schwarzen Berge hin: Stangenroth, Burkardroth, Frauenroth, Gefäll, Waldfenster. Wichtige Nutzungsformen waren die Waldweide und teils bis ins 18. Jh. die extensive Feld-Gras-Wirtschaft (Egart-Wirtschaft).

Im späten Mittelalter verringerte sich die Siedlungsdichte, größere Flächen und mehrere Orte wurden zu Wüstungen. Dies dürfte vor allem auf Mißernten und Epidemien zurückzuführen sein. Danach folgte ein weiterer Landausbau, ein großer Teil der Wüstungen wurde wiederbesiedelt. Zu dieser Zeit ist vermutlich auch in groben Zügen die heutige Feld-Wald-Verteilung entstanden, wobei die Hohe Rhön wohl durchgehend waldfrei blieb (LOB, 1971). Der Ackerbau hatte einen hohen Anteil (ca. 2 : 1 im Verhältnis zum Grünland). Die Feldflur konnte in Innen- u. Außenzonen unterschieden werden. Im Innenbereich herrschte das Dreizelgensystem vor, im Außenbereich wurde weiterhin die Feld-Gras-Wirtschaft betrieben. Durch extensive Beweidung des Außenbereiches entstanden die Hutweiden mit den heute so schützenswerten Borstgrasgesellschaften. Die Milchviehhaltung spielte

nur eine geringe Rolle, neben Pferden und Ochsen waren große Schafbestände vorhanden. Durch Waldweide und Niederwaldnutzung bestanden vermutlich fließende Feld-Wald-Grenzen.

Neben der Landwirtschaft waren die wichtigen Erwerbsquellen aus dem Bereich Handwerk und Gewerbe Leine-Weberei, Wollspinnerei, Holzschnitzerei und Töpferei, sowie Glas- und Eisenhütten (STEINMETZ, 1992).

Einen starken Bevölkerungsschwund bis etwa 50 % brachte die Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Die damit verbundene Zunahme des Waldes wurde durch den starken Bedarf von Holz gegen Ende des 17. Jh. wieder rückgängig gemacht. In dieser Zeit entsteht die erste geregelte Forstwirtschaft (Mittelwaldbetrieb im vierzigjährigen Umtrieb), 1730 wurde die Fichte eingeführt. Ein Großteil früherer Ackerlagen wurde in Hutungen und damit extensiv genutzte Grünlandflächen umgewandelt.

Mit der Industrialisierung im 19. Jh. erfolgte die Umstellung auf Milchviehwirtschaft, damit verbunden war die weitere "Vergrünlandung" der Rhön. RÖLL gibt eine Zunahme des Grünlandes um 15% in den letzten hundert Jahren an, STOLZENBERG (1989) nennt für die Zeit zwischen 1960 und 1987 anhand von Beispielen aus der hessischen Rhön eine Zunahme von 8 %.

Arbeitsplätze in der Industrie gewannen im letzten Jahrhundert zunehmend Bedeutung, auf Grund der Ferne zu Industriezentren wurde die Rhön zum "Land der armen Leute". Viele Rhöner wanderten ab, Pendlerbeziehungen zu den umgebenden Arbeitsstätten entstanden. Insgesamt aber lief der Strukturwandel in der Rhön aufgrund der Ferne zu den Industriezentren langsamer ab als in anderen Regionen. Auch heute noch ist eine breite Bindung der Bevölkerung an landwirtschaftliche Einkommen vorhanden.

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden zahlreiche Planungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Wirtschaftsstruktur der Rhön entwickelt. Wichtigste Bestandteile dieser Planungen waren Meliorationsmaßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur und Aufforstungen der Hochrhön. Die verschiedenen Ansätze hierzu beschreibt ausführlich SCHENK, 1992. Sie begannen 1835 durch einen bayerischen Ministerialerlaß und wurden bis in die Neuzeit fortgeführt. Noch bis ins Jahr 1991 versuchte der Weiherhof als staatliches Versuchs- und Lehrgut Hessens, die Intensivierung der Grünlandnutzung in der Rhön voranzutreiben. Die zahlreichen Aufforstungsplanungen wurden von der Bevölkerung bereits früher eher skeptisch beurteilt und auch auf Grund von Rückschlägen durch Schneebruch und Mäusefraß verworfen. Die ablehnende Haltung der Rhöner geben die Befürchtungen der Einwohner von Abtsroda und Sieblos wieder: "An Werkzeug und Brennmaterial fehlt es in der Rhön... keineswegs, und wird es wird noch Jahrhunderte lang kein Mangel hierin eintreten; aber an Futter fehlt es dermalen schon bedeutend und ist eher eine Vermehrung der Weideplätze und Anbau weiterer Flächen zur Gewinnung des Futters notwendig, denn eine Minderung des Weideplatzes geboten" (zitiert nach SCHENK, 1992).

Anfang des 19. Jhdts. wurden weitere Maßnahmen zur Intensivierung der Grünlandnutzung durchgeführt, insbesondere durch Entwässerung, Waldschutzstreifen und Nutzung als Jungviehweiden. Nach dem 1. Weltkrieg erfolgte ein intensiver Wegebau und eine umfangreiche Entsteinung der von Basaltblöcken bedeckten Hochflächen. Die Basaltblöcke finden sich heute in den Grenzen der Flurstücke als Steinriegel oder Steinmauern. Insgesamt zeigten die eingeleiteten Maßnahmen aber keine durchschlagende Wirkung.

Ein letzter, umfassender Versuch, die Wirtschaftsbedingungen auf der Hochrhön zu verbessern, erfolgte im Rahmen des "Dr. Hellmuth-Planes" in der Zeit des Nationalsozialismus. Dr. Hellmuth war Leiter des Gau Mainfranken und später Regierungspräsident von Mainfranken. Er wurde 1934 vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Berlin mit der Ausarbeitung eines Finanzierungsplanes strukturverbessernder Maßnahmen in der Rhön beauftragt (SCHENK, 1992). Teil dieses Planes waren auch "rassenkundliche Untersuchungen" über die Bevölkerung der Rhön.

Strukturpolitisch wichtig waren insbesondere die Maßnahmen zur Stützung der Basaltindustrie sowie die Ansiedlung der Siemenswerke in Bad Neustadt (bis heute strukturell bedeutsam). Der Bau der Hochrhönstraße wurde begonnen und auf der Langen Rhön wurden große Windschutzstreifen (ohne Einwilligung der Grundstückseigentümer) angelegt. Die Maßnahmen zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung blieben auf die Anlage des Wegenetzes, Entsteinungen und Entwässerungsmaßnahmen beschränkt. Die ehrgeizigen Planungen zur Siedlungsentwicklung und ackerbaulichen Nutzung scheiterten. Bis heute haben sich die Grünlandflächen der Hochrhön als extensiv genutzte Wiesen und Weiden erhalten.

In den letzten Jahren ist es zu einer Beschleunigung des agrarischen Strukturwandels gekommen. Der Rückgang der Betriebe und der Milchkuhhaltung sind die unmittelbaren Folgen. Gleichzeitig nahm der Waldanteil zunächst durch umfangreiche staatliche Aufforstungen nach dem Krieg und durch private Aufforstungen auf Kosten extensiver Grünlandflächen deutlich zu. Dies belegt z.B. ein Vergleich von Luftbildern aus den Jahren 1950 und 1990 aus dem Gebiet der Schwarzen Berge (Verdoppelung der Waldfläche).

### 3. Bevölkerung

Das Biosphärenreservat Rhön hatte Ende 1991 rund 122.000 Einwohner, von denen ca. 48.000 auf den hessischen, 46.000 auf den bayerischen und 28.000 auf den thüringischen Teil entfielen.

Infolge hoher Geburtenraten ist die Altersstruktur der Bevölkerung durch große Anteile von jüngeren Menschen (bis zu 18 Jahren) gekennzeichnet. Typisch für ländliche Räume ist wegen der starken Abwanderungen außerdem der relativ niedrige Anteil von im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen. Dies gilt vor allem für die Altersgruppe der 25- bis 55-jährigen.

Die Bevölkerungsentwicklung verlief in der Rhön zwischen 1970 und 1987 trotz relativ hoher Geburtenraten mit - 4,3 % (hessischer Teil: - 3,5 %, bayerischer Teil: - 4,8 %, thüringischer Teil: - 4,7 %) abwärts gerichtet, während in Gesamt-Hessen (+ 2,3 %) und in Gesamt-Bayern (+ 4 %) ein Anstieg zu verzeichnen war. Seit 1987 stieg die Einwohnerzahl in Bayern und Hessen stark an (+ 8 %), ging im thüringischen Teil aber weiter zurück (- 1,3 % zwischen 1987 und 1991).

Bei den Wanderungsbewegungen fällt auf, daß sich die Wanderungsverluste zwischen 1970 und 1987 auf die Altersgruppe der 18- bis 25-jährigen konzentrierten, während hohe Wanderungsgewinne nach 1987 besonders bei den unter 18-jährigen zu verzeichnen waren. Die künftige Bevölkerungsentwicklung in der Rhön dürfte in etwa konstant bleiben. Dies gilt für beide Bevölkerungskomponenten, die natürliche Bevölkerungsbewegung (Ausgleich der Geburten- und Sterbefälle) wie auch für die Wanderungsbewegung. In Hessen dürfte hingegen der Sterbeüberschuß von einem hohen Wanderungsgewinn überkompensiert werden. Die Verschiebung in der Alterspyramide sowie der Mangel an Bildungseinrichtungen und qualifizierten Arbeitsplätzen läßt in der Rhön für die Altersgruppe der 18- bis 25-jährigen einen massiven Wanderungsverlust erwarten.

#### **Ziele:**

Zur Entwicklung der Rhön als stabiler Lebens- und Kulturraum ist eine **ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung** anzustreben. Einer Entleerung ländlicher Räume mit der zwangsläufigen Folge einer Verstärkung der Ballungseffekte in den Wirtschaftszentren ist entgegenzuwirken.

Die Abwanderung jüngerer und mittlerer Altersgruppen kann nur durch ein attraktives Wohn- und Erwerbsangebot verhindert werden. Während im Wohnbereich meist gute Verhältnisse anzutreffen sind, ist für eine Abwanderung meist die Frage nach dem Arbeitsplatz entscheidend. Insbesondere höherqualifizierte Menschen (Abiturienten, Akademiker) sind häufig gezwungen, in die Ballungsräume abzuwandern.

Zur Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur sind neben der Ausweisung ausreichender Wohnflächen insbesondere Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft erforderlich (vgl. Kap. 15.):

- Qualifizierung der Arbeitskräfte in der Region,
- Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen,
- Unterstützung von dem Biosphärenreservat angepaßten Produktionsformen und Produkten,
- Erhalt land- und forstwirtschaftlicher Arbeitsplätze,
- Sicherung und Ausweisung ausreichender Gewerbeflächen.

Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in der Rhön ist aber nicht nur die Frage der Erwerbsmöglichkeiten im Biosphärenreservat selbst relevant, vielmehr sind es die umliegenden Zentren, deren wirtschaftliche Entwicklung den Arbeitsmarkt in der Region bestimmt.

Für die Stabilisierung der Bevölkerung der Rhön hat also die **Stärkung der randlichen Zentren** (Fulda, Bad Hersfeld, Hünfeld, Bad Salzungen, Meiningen, Bad Neustadt, Bad Kissingen, Bad Brückenau und Mellrichstadt) entscheidende Bedeutung.

Für die erfolgreiche Entwicklung des Biosphärenreservates ist die verstärkte Einbindung der Bevölkerung in die Entwicklung der eigenen Kulturlandschaft von besonderer Bedeutung.

## 4. Siedlung

### 4.1 Modell der regionalen Siedlungsentwicklung

Zur Entwicklung der regionalen Siedlungsstruktur ist eine abgestimmte Siedlungs- und Erschließungskonzeption für das Biosphärenreservat unter Berücksichtigung der überregionalen Einbindung einerseits sowie der inneren Zonierung des Biosphärenreservates andererseits erforderlich.

Allgemeines Ziel ist es, das Siedlungsnetz und das die Siedlungen verbindende Verkehrs- und Kommunikationsnetz unter Beachtung der Ziele zum Schutze und zur Pflege der Kulturlandschaft des Biosphärenreservates zu gestalten und eine höchstmögliche Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Versorgungsinfrastruktur mit dem Ziel der Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur zu erreichen.

Das Modell der regionalen Siedlungsentwicklung des Biosphärenreservates beinhaltet:

- Die Existenz und den **Ausbau leistungsfähiger Zentren auf den begrenzenden überregionalen Achsen** als Versorgungs- und Dienstleistungszentren des gehobenen Bedarfs, Arbeitsmarktzentren und regionale Verkehrsknoten zum überregionalen Verkehrssystem mit flächendeckender zentralörtlicher Wirkung in das Biosphärenreservat.
- Die **funktionelle Weiterentwicklung der in allen drei Landesteilen des Biosphärenreservates vorhandenen Unter- und Kleinzentren** als lokale Knoten der überörtlichen Versorgung und Dienstleistungen, der Gewerbeentwicklung, von Arbeitsplatzangeboten und des Wohnens.
- Die Orientierung **regionaler Funktionen des Wohnens**, der Gewerbeentwicklung und des Tourismus vorrangig auf die Zentren und Siedlungen innerhalb der **regionalen Siedlungsachsen**.
- Die Orientierung der übrigen nichtzentralen Siedlungen im Biosphärenreservat auf organische Entwicklung unter Berücksichtigung ihrer konkreten Lage zu den Schutzzonen des Biosphärenreservates.

Das Angebot attraktiver und vielfältiger, insbesondere industrieller Arbeitsplätze für Bewohner der Rhön in relativ kurzer Entfernung in den Zentralorten im Randbereich der Rhön ist eine unabdingbare Notwendigkeit zur Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur. Gleichzeitig sollen, wie in der ehemaligen DDR, die Hauptanteile der Arbeitspendlerströme in die höheren Zentren mit öffentlichen Verkehrsmitteln transportiert werden.

Siedlungsentwicklungen sind deshalb bevorzugt auf Bereiche mit guter Anbindung durch den öffentlichen Nahverkehr (vgl. Kap. 15 und 16) zu lenken (i.d.R. regionale Siedlungsachsen).

Unter- und Kleinzentren im Biosphärenreservat sollen als Kerne der lokalen Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen und Standorte von Gewerbe auch wirtschaftliche und Arbeitsplatzfunktionen für die übrigen Gemeinden und Siedlungen haben.

Die Entwicklung der nichtzentralen Orte in den regionalen Siedlungsachsen sollte unter Beachtung der Belange von Natur und Landschaft bei besonders günstigen örtlichen Voraussetzungen für Wohn-, Tourismus- und Gewerbefunktionen über den Eigenentwicklungsbedarf hinaus vorgesehen werden. Ein bandartiges Zusammenwachsen von Siedlungen ist zu vermeiden.



In den übrigen Orten des Biosphärenreservates sollte sich die Siedlungstätigkeit im Rahmen einer organischen Entwicklung sowie im Rahmen des Eigenbedarfes vollziehen. Die Pflege und Entwicklung traditionellen Handwerks, die Landwirtschaft mit vorrangiger Aufgabe der Landschaftspflege und umweltverträglicher Tourismusformen überwiegend im Rahmen der Nutzung und Umnutzung der bestehenden Bausubstanz bewegen.

Im Entwurf des Regionalen Raumordnungsplanes Nordhessen wird das System der zentralen Orte als Schwerpunkte der Infrastrukturentwicklung weitgehend aufgegeben. Dies wird aus landesplanerischer Sicht und auch aus Sicht des Rahmenkonzeptes als ungünstig bewertet. Die mögliche Ausdehnung von Wohn- und Gewerbeflächen bis in die kleinsten Ortschaften bedeutet die Gefahr einer weitgehenden Zersiedelung der Landschaft, hat erhebliche höhere Kosten der Erschließung zur Folge und verschärft die Schwierigkeiten einer wohnortnahen Grundversorgung und der Bereitstellung der öffentlichen Nahverkehrs. Durch die Konzentration der Ausweisung größerer Siedlungs- und Gewerbeflächen auf die zentralen Orte mit vorhandener Infrastruktur wird die Auslastung bestehender Einrichtungen verbessert, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr erleichtert, zudem stehen den zugewanderten Neubürgern in fußläufiger Entfernung die Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung, während die Entwicklung eines dispersen Siedlungsbreies zu erheblichen Distanzbelastungen und damit erhöhtem Verkehrsaufkommen führt. Die Ziele des Regionalen Raumordnungsplanes sollten deshalb in dieser Hinsicht überdacht werden.

Das Biosphärenreservat der thüringischen Rhön sollte im Regionalplan Südthüringen in Anlehnung an den Regionalplan Main - Rhön als ein "...Gebiet, dessen Struktur zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen nachhaltig gestärkt werden soll..." definiert werden.

## 4.2 Ziele der Siedlungsentwicklung

Zur Erreichung einer harmonischen, den Anforderungen des Biosphärenreservates an die Siedlungsstruktur angemessenen Siedlungsentwicklung sind neben den regionalplanerischen auch örtliche oder bauplanerische Ziele und Bewertungskriterien zu formulieren.

Regionale Ziele einer landschaftsbezogenen Siedlungsentwicklung sind:

- Die Erhaltung bzw. Weiterentwicklung der historisch gewachsenen Siedlungsstruktur wie Dichte, räumliches Verteilungsmuster, Siedlungsformen (z. B. Haufendorf-Straßendorf),
- die Beibehaltung der Maßstäblichkeit der Siedlungsentwicklung,
- die Beachtung der landschaftlichen Standortbedingungen bei der Siedlungsentwicklung.
- Straßendorf    Haufendorf
- Dorfformen im Biosphärenreservat
- Örtliche Ziele einer landschaftsbezogenen Siedlungsentwicklung sind:
- Erhaltung und Unterstützung der historischen Ortskerne und bedeutender kulturhistorischer Siedlungselemente,
- Vorrang der Schließung innerörtlicher Baulücken vor Neuausweisungen (auch Umnutzung leerstehender Gebäude)

- Vermeidung ungeordneter und nichtzusammenhängender Bauflächenentwicklung, organische Einordnung und Abgrenzung neu auszuweisender Bauerweiterungsflächen unter Beachtung der Topographie und natürlicher Begrenzungselemente sowie gewachsener Siedlungsformen,
- Anpassung der Baustrukturen und Bauformen, Maßstab, Material und Dachformen an die vorherrschenden Baustrukturen,
- Erhalt und Neugestaltung harmonischer Ortsränder unter Einbindung in die Landschaft durch Obstwiesen, Baumreihen, Hecken,
- Erhalt und regionaltypische Gestaltung ortsbildprägender Freiflächen im Siedlungsbereich (Plätze, Höfe, Gärten, Anger, Bachläufe, Straßenumfeld etc.).

Diese Ziele gelten nicht nur für die historische Substanz der Siedlungen, viele Anforderungen können auch in Neubaugebieten berücksichtigt werden. Eine entsprechende Untersuchung ist in Auftrag gegeben. Die Rhön sollte sich zu einer Vorbildlandschaft für regionaltypisches Bauen entwickeln.

Aufgrund der spezifischen Ziele im Biosphärenreservat haben Ortssatzungen zur baulich- räumlichen Gestaltung große Bedeutung. Neben den allgemeinen Grundsätzen zur Gestaltung und Erhaltung der Ortslagen sollten entsprechend ihrer Bedeutung für die Siedlungsentwicklung spezifische Satzungsteile für Bereiche des Tourismus und des Fremdenverkehrs, aber auch für Gewerbegebiete erarbeitet werden. Ein Beispielprojekt für die Beachtung ökologischer Ziele in Gewerbegebieten ist derzeit in der Gemeinde Kaltensundheim in Planung und auch in Bad Brückenau in Diskussion.

Der Fremdenverkehrsfunktion mehrerer Gemeinden und Siedlungen sollten überwiegend landschaftsverträgliche und allgemein zugängliche Fremdenverkehrs- und Erholungseinrichtungen zugeordnet werden (Entwicklungsbedarf vor allem in Thüringen, teils auch im bayerischen Teil).

Dazu gehören Kureinrichtungen, gewerbliche Einrichtungen des Fremdenverkehrs wie Hotel, Pensionen, Ferienheime, Nebenerwerbseinrichtungen wie Ferienwohnungen, Ferien auf dem Bauernhof, Fremdenzimmer bzw. Einrichtungen für Jugendtourismus wie Jugendherbergen, Schulheime, Campingplätze, touristische Anlagen von Vereinen usw. Nicht entwickelt und gefördert werden sollen Wochenendsiedlungen, Dauercampingplätze, Zweitwohnsitze, große kommerzielle Freizeitparks (vgl. Kap. 14).

Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in den Ortslagen sollen insbesondere in allen an den regionalen Verkehrsachsen liegenden Gemeinden Aufgaben der Bauleitplanung und der Ortssanierung sein. Ortsumgehungen sollten erst bei Nachweis einer entsprechenden Durchgangsverkehrsbelastung konkret geplant werden.

Weiträumige, großzügige Ortsumgehungen, wie sie in einer ersten Euphorie geplant wurden, würden in einer Vielzahl von Situationen besonders in den Tallagen zu starken Eingriffen in die Landschaft führen und Schutzzonen des Biosphärenreservates berühren. Eine höchstmögliche Vermeidung und Splittung von Durchgangsverkehr im Biosphärenreservat ist anzustreben (vgl. Kap. 16).

Aufgrund der hohen Veränderungsdynamik in Thüringen wurde vom Büro GREBE für die beiden Landkreise Schmalkalden-Meiningen und Wartburgkreis ein detailliertes Konzept erarbeitet und mit allen Gemeinden diskutiert. Alle Gemeinden werden kurz charakterisiert und Entwicklungsvorschläge dargelegt. Diese Berichte wurden an alle Gemeinden und Kreise verteilt und können von der thüringer Verwaltungsstelle in Kaltensundheim bezogen werden.

### 4.3 Sicherung wertvoller Ortsstrukturen und Einzelemente

Die Entwicklung einer harmonischen und den besonderen Landschaftsqualitäten der Rhön und des Biosphärenreservates angemessenen Siedlungsstruktur erfordert auf der Grundlage regionaler und ortsplannerischer Ziele besondere städtebauliche, architektonische und grünplanerische Kriterien und Qualitäten.

Als Ergebnis der Ortsbildanalyse von 26 ausgewählten Orten aller 3 Landesteile lassen sich folgende Forderungen ableiten:

- Die größeren städtischen Siedlungen - in der Regel die zentralen Orte - weisen teilweise eine um das Mehrfache der Siedlungsfläche des Ortskernes umfassende Siedlungsflächenzunahme auf. Die Bewahrung und räumlich strukturelle Sichtbarmachung des historischen Ortskernes gegenüber den baulich räumlichen Flächenerweiterungen durch klare Gestaltung des historischen Ortsrandes und seiner Grünzone ist ein wichtiges Ziel der Ortsgestaltung (siehe Beispiel Bischofsheim). Eine Verwischung und Verbauung der historischen Ortsränder sollte vermieden werden.
- Flüsse, Bachläufe und Teiche in den Talräumen der Ortslagen bilden wichtige Gestaltungselemente. Ihre gestalterische und ökologische Einbeziehung in den städtebaulichen Raum durch Freilegung und Rückbau hemmender Bauten und Bauteile, Renaturierung kanalisierter Abschnitte, Zugängigkeit und Wegführung entlang der Gewässer ist anzustreben.
- In Bayern und Hessen ist ein hoher Versiegelungsgrad in den Ortslagen festzustellen auch auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, in Gehöften und Grundstücken mit Asphalt, z.T. historische Pflasterung, z.T. moderne Betonsteinpflaster.

Der Versiegelungsgrad der nicht bebauten Siedlungsflächen sollte möglichst gering gehalten werden und auf funktionell notwendige Verkehrsflächen beschränkt bleiben. Schottergebundene Wege und Freiflächen, Freiflächen für Saumbiotope, Trittgesellschaften und Ruderalgesellschaften sollten verstärkt innerhalb der Ortslagen bestehen bleiben.

- Vorherrschend landschaftsbezogene Gebäudetypen der Rhön sind fränkische Fachwerkhäuser mit regionalen Differenzierungen, z. B. in Thüringen mit hennebergischem Einfluß. Die Gebäude sind 1- bis 2-geschossig mit vielfach ausgebautem Dachgeschoß. Vorherrschende Dachform ist das Satteldach mit Dachneigungen  $> 50^\circ$  mit geringem Dachüberstand. In städtischen Zentrumsbereichen sind vielfach Krüppelwalme ausgebildet. Typische Verkleidungsformen des Fachwerks sind Holzschindeln, Putz, Brettverschalungen. Die vorherrschende Gebäudestellung zu Straße und Platzraum ist giebelständig.
- Die Gehöftstrukturen innerhalb der historischen Ortslagen sowohl in den städtischen Siedlungen als auch in den Dörfern sind noch überwiegend vorhanden. Nicht genutzte Nebengebäude verlieren schnell ihre bauliche Qualität und verfallen. Dem ist durch gewerbliche oder private Nutzungskonzeptionen entgegenzuwirken.
- Die traditionellen Ortsstrukturen und Ortsbilder der Rhön werden neben den kulturhistorisch wertvollen Kirchen durch öffentliche und private Gebäude des Barock, des Klassizismus, des Jugendstils und anderer Bauepochen ergänzt und bereichert, wie ausgeprägt in Kaltennordheim, Dermbach, besonders landschaftstypisch in den

Orten des Herpftales von Reichenhausen über Bettenhausen, Helmershausen bis Herpf. Diese Bauten müssen bei den anstehenden Aufgaben der Ortssanierung sowie bei baulichen Veränderungen ihres Umfeldes besonders beachtet werden. (Der Bau des Einkaufsmarktes in unmittelbarer Nachbarschaft der Wehrkirche Kaltensundheim ist ein extrem negatives Beispiel für diese Mißachtung gewachsener und typischer Bau- und Ortsqualität.)

Bestehende Konflikte zwischen alten und neuen Baustrukturen - überwiegend in Thüringen:

### **Städtebauliche Konflikte**

- Zuschnitt neuer Wohngebiete  
Keine ausreichende Anpassung an historische Ortsstrukturen und an Landschaftszäsuren.
- Städtebauliche Strukturen neuer Wohngebiete  
Unterschiedliche und nicht ortstypische Gebäudestellung zum Straßen Raum.  
Unterschiedliche und oft gebietsfremde Gebäudetypen (alpine Typen, Flachdachbauten).
- Strukturveränderungen in dörflichen Ortslagen  
Abriß von Wirtschaftsgebäuden aufgrund von Funktionsverlusten.  
Ersatz von verschlissenen historischen Wohngebäuden. Veränderung der Gebäudestellungen und Baufluchten zur Straße.

### **Konflikte mit Gebäudestrukturen**

- Städtische Wohngebäudetypen  
3- bis 4-geschossige Wohngebäude vielfach in Plattenbauweise mit 2 - 3 Haussektionen in größeren Orten in Thüringen  
  
Für den Landschaftsraum untypische Eigenheimbauten und Gebäudetypen mit Flachdächern.
- Freizeit- und Hotelbauten  
Sehr große Gebäudekomplexe und Einzelbauten. Raumuntypische Gebäudearten z. B. mit Flachdächern.
- Öffentliche Gebäude  
Typenschulbauten der früheren DDR in vielen thüringer Gemeinden.
- Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen  
Gebäudetypen mit Flachdächern bzw. sehr flachen Binderdächern und landschaftsfremdem Material und Gestaltungselementen.
- Garagenbauten  
Nicht landschaftsbezogene Baumaterialien, Pultdächer.

### **Konflikte bei der architektonischen Detailgestaltung sind:**

- Nicht materialgerechte Fassadenverkleidungen, Asbest-Eternit, PVC-Verkleidungen,

- Keramikverkleidungen, speziell im Sockelbereich,
- nicht bodenständige Dachdeckungen in Material und Farbe, z. B. Preolitschindeln, Welldachdeckungen,
- unproportionale Gauben und Dachausbauten in Wohngebäuden,
- vergrößerte Fensterformate in historischen Gebäuden, besonders in Fachwerkbauten,
- Einbau sprossenloser Fenster bei Rekonstruktionen,
- Beseitigung historischer Eingangssituationen und Türen und Ersatz durch moderne Baumarkttüren,
- Veränderung der Erdgeschoßzonen durch große Schaufensterstrukturen,
- Anwendung ortsfremder Materialien und Farben bei der Erneuerung von Gehöftabgrenzungen und Hoftoren in den Ortslagen,
- unsachgerechte und unproportionale Um- und Ausbauten an Fachwerkhäusern.

Die ehemaligen LPG-Produktionsbauten in Thüringen sind standörtlich und landschaftlich bedeutende Störfaktoren im Biosphärenreservat. Für eine Verbesserung der funktionellen und gestalterischen Situation sind folgende Umgestaltungsschritte möglich:

- Die in den Bauleitplänen nicht für Landwirtschaft oder Gewerbefunktionen ausgewiesenen Bauten der früheren LPGen sollten schrittweise rückgebaut werden. Das betrifft vor allem verschlissene Stall- und Bergeräume, Gebäude, versiegelte und unversiegelte Flächen der Landtechnik, Siloanlagen.

Nach Abbruch der Gebäude sind die Flächen zu sanieren und zu renaturieren.

- Bauliche Sanierung der weitergenutzten Gebäude durch landschaftsangepaßte Dachmaterialien, Fassadengestaltung durch Verwendung von Holz für Tore, Türen, Verkleidungen, umfassende Eingrünung der meist an den Ortsrändern liegenden ehem. LPG-Anlagen.

### **Entwicklung neuer Gewerbeflächen**

Die notwendige Entwicklung und Erschließung neuer Gewerbeflächen, besonders in Thüringen und hier in den zentralen Orten, muß sorgfältig aus den vorhandenen Landschaftsstrukturen entwickelt werden:

- Wertvolle Landschaftselemente wie Talräume, Auen, Überschwemmungsgebiete und Steilhänge, wertvolle Standorte für Vegetation und Tierwelt sind unbedingt von einer Bebauung nicht anzustreben,
- möglichst Angliederung an bestehende Ortsteile mit entsprechenden Schutzabständen,

- starke Eingrünung sowohl des Gesamtbereiches wie innerhalb der Flächen an den öffentlichen Straßen und in den privaten Gewerbeflächen.

In Bayern und Hessen sind bestehende Gewerbegebiete durch eine sorgfältigere Baum- und Grüngestaltung stärker in den Landschaftsraum einzugliedern (positive Beispiele Bad Brückenau, Oberleichtersbach).

Einige Gewerbegebiete (z. B. Bischofsheim nördlich B 279) zeigen noch keine Ansätze einer landschaftsbezogenen Struktur und Gestaltung. Für eine landschaftsverträgliche Gewerbegebietsstruktur sollten als Kriterien dienen:

- ökologisch vertretbare und standortverträgliche Produktionstechnologie,
- differenzierte und der landschaftlichen Baustruktur angepaßte Gebäudestellungen und -formen (keine großen undifferenzierten Hallenbauten),
- starke grünordnerische Differenzierung der Gewerbegebiete.

### **Anlagen für Fremdenverkehr und Erholung**

Mit einer stärkeren Erschließung des Biosphärenreservates für den Fremdenverkehr - vor allem in dem bislang wenig erschlossenen Thüringen - werden wichtige Voraussetzungen

- für die Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen,
- zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirtschaft
- und die insgesamt angestrebte regionale Kreislaufwirtschaft geschaffen.

Wie an anderer Stelle ausgeführt, sind hierzu vor allem folgende bauliche Einrichtungen im Biosphärenreservat gewünscht:

- Umnutzung bestehender landwirtschaftlicher Gebäude in den Ortskernen mit ihrem Anschluß an andere Einrichtungen wie Gaststätten, Läden und Versorgungseinrichtungen,
- Finanzierung von Fremdenzimmern in Um- oder Anbauten bestehender Gebäude unter Beachtung der Ortsstruktur,
- Neubau von kleinen und mittleren Gaststätten und Hotels bis zu 150 Betten, vornehmlich in den zentralen Orten, in der freien Landschaft nur bei einer Einbeziehung und dem Umbau bestehender baulicher Anlagen, wie verschiedener Unterkünfte der früheren Grenztruppen in Thüringen.

Der Bau großer Freizeiteinrichtungen und Ferienhausanlagen, wie sie in Hermannsfeld mit dem Bau eines Central-Parkes seit Jahren von der Gemeinde angestrebt werden, sollte im Biosphärenreservat nicht realisiert werden. Allerdings sind solche Einrichtungen nach sorgfältiger Standortüberprüfung an den größeren randlichen Verkehrsachsen möglich.

Central-Parks entsprechen in ihrer Philosophie - nämlich der völligen Unabhängigkeit der Urlauber innerhalb eines geschlossenen Gebäudekomplexes mit allen Angeboten für eine ganztägige Freizeitbeschäftigung - nicht den Zielen des Biosphärenreservates. Bei ihrer starken Verkehrserzeugung müssen diese Anlagen in der Nähe der Ballungszentren und nicht fern dieser Verdichtungsräume aufgebaut werden, wo sie mit ihren starken Verkehrsbelastungen und dem hohen Energiebedarf die dortigen Strukturen belasten.

Einige bereits bestehende größere Freizeitanlagen lassen die angestrebte Qualität sowohl bei ihrer Einfügung in die Landschaft, wie bei der baulichen Gestaltung der Einzelgebäude und der Gesamtanlage vermissen.

- **Ferienhaussiedlung "Osterburg" in Haselbach**, Gemeinde Bischofsheim,  
Die geschlossen geplante Feriensiedlung verliert immer mehr ihre ursprüngliche Funktion und wird schrittweise zum Wohngebiet ohne Eignung der Gebäudetypen für diese Dauernutzung.
- **Wochenendhaussiedlung Kaltennordheim** in der Pflegezone (Kalkmagerrasengebiet - Orchideenstandort)  
Die Wochenendhäuser liegen weit verstreut in der hochwertigen Landschaft. Baulich ist kein positives landschaftsbezogenes Gestaltungsprinzip zu erkennen. Eine Veränderungssperre und schrittweiser Rückbau ist anzustreben.
- **Kleingartenanlage in Frankenheim/Rhön**  
Die Kleingartenanlage am nördlichen Ortsrand ist mit allen negativen Gestaltungsmerkmalen ausgestattet: schlecht gestaltete massive Lauben mit Pultdach, hohe Maschendrahteinzäunung, keine Grüngestaltung bzw. Eingrünung der Anlage. Ein schrittweiser Rückbau und eine Umnutzung der Fläche, gegebenenfalls als Wohnbauland, sollte geprüft werden.

### **Sicherung und Verbesserung der Gebäude- und Ortsqualität - eine wichtige Zukunftsaufgabe im Biosphärenreservat**

Die Sicherung der wertvollen Strukturen in den Dörfern und Kleinstädten der Rhön - sowohl als Gesamtelement wie in der Summe der wertvollen Einzelemente: Gebäude, Straßen, Plätze, Kirchen, Rathäuser - ist ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit,

- hier liegen - vor allem im thüringischen Teil - wichtige zukünftige Aufgaben der Gemeinden,
- hier werden in den nächsten Jahren, wie in der Vergangenheit in den hessischen und bayerischen Gemeinden im Rahmen der Dorferneuerung, die größten finanziellen Hilfen fließen müssen, da diese Aufgaben die schwache Finanzkraft der Gemeinden weit übersteigen,
- diese Aufgaben haben höchsten Vorrang, da sie den Verbleib der Menschen in der Region sichern und damit auch ihre Landschaft belebt erhalten.

Gerade aber in diesem Feld sind in den letzten Jahren in unseren Dörfern - in Hessen wie in Bayern - die größten Fehler begangen: Mit der Auswahl falscher Materialien bei Hausfassaden und Türeingängen, mit rotgefärbten Pflasterstraßen und überzogener Grüngestaltung, mit zuviel Asphalt und Beton, wo häufig wassergebundene Rasenflächen auch die ökologischen Anforderungen besser erfüllen könnten.

Hier sind Beispiele wichtig, die nicht nur Bürgermeister und Gemeinderäte vor ihren Entscheidungen am eigenen Projekt sehen und in ihrer Bedeutung für den Entwicklungsprozeß ihrer Gemeinde erkennen müssen - Beispiele, an denen sich ebenso Architekten schulen, denen diese Aufgaben der Ortsgestaltung häufig angesichts der im Vordergrund stehenden Bebauung aus den Augen gelaufen sind, aber ebenso die Handwerker, die in der Rhön in der Bearbeitung von Holz und Stein, von Putz und Farbe noch über Erfahrungen verfügen, die unverzichtbar sind für die Identität eines Raumes.

### In der Ortserneuerung liegt eine Schlüsselfunktion

- in der Zuständigkeit der Landkreise, Regierungen und Ministerien,
- in der Zusammenarbeit von Gemeinden, Planern und Handwerkern auf der örtlichen Ebene,
- in der Mitarbeit und fachlichen Verantwortung der Architektenkammern der Länder und ihrer regionalen Gruppen,
- im Zusammenarbeiten engagierter Einzelpersonen mit ihrem reichen Wissen über Traditionen, lokale Standortqualitäten, Brauchtum und Kultur.

Gefördert werden muß das typische, nicht das von außen hergeholte, abgehobene, angeblich moderne und zeitgemäße Leben auf dem Dorf: Das ist das Thema in der Rhön auch in Zukunft, d. h. vor allem Leben mit den überkommenen Qualitäten, die behutsam - und angepaßt an die heutigen Nutzungen - einbezogen werden müssen.

Beispiele sind im Biosphärenreservat bereits vorhanden, sie müssen - vor allem in Thüringen - noch konsequent weiter ausgebaut und als Modelle gefördert werden,

- wie in Brunnhartshausen, mit der vom Bundeslandwirtschaftsministerium unterstützten Ortssanierung über Dorftourismus,
- in Pferdsdorf im Rahmen einer modellhaften Dorferneuerung,
- in Stepfershausen - mit der hier schon angelaufenen Sanierung von Fachwerkhäusern,
- in Hessen, die Gemeinde Wüstensachsen und die Stadt Tann mit der vorbildlichen Sanierung von Fachwerkhäusern.
- in Bayern die Stadt Fladungen mit dem gut erhaltenen Ortsbild.

Überhaupt haben die Orte im höheren Bereich der Rhön - abseits der starken Umnutzungszwänge nahegelegener Städte - ihre Eigenart noch erhalten können.

In Bayern hat die Stadt Fladungen eine besondere Qualität. Sie wurde in den vergangenen 10 Jahren durch ein engagiertes Programm mit Unterstützung der Direktion für ländliche Entwicklung, Würzburg und dem zuständigen Ministerium beispielhaft entwickelt: Auszeichnung durch die europäische Stiftung Europa nostra 1993 für diese Leistungen im Bereich der Denkmalpflege. Die Stadt verfügt mit ihrer Ausstattung - auch durch Heimatmuseum und Rhönmuseum - über ein sehr hohes Informationsangebot, das weiter auszubauen ist, z. B. im Sinne der Darstellung regionstypischer, heutiger Bauformen.